



Heitlinger: Die Ziele der Landesregierung zum Ausbau des Ökolandbaus sind utopisch

Wir brauchen marktbasierte Anteile von konventionellem und ökologischem Landbau statt planwirtschaftlicher Zielvorgaben.

Zur Meldung, dass Baden-Württemberg beim Ausbau des Ökolandbaus auf der Stelle tritt, meint der agrarpolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion, **Georg Heitlinger**:

„Die Ziele der Landesregierung zum Ausbau des Ökolandbaus waren und sind utopisch. Dass das Land nicht weiter vorankommt, wundert mich nicht. Die Entwicklung zeigt klar, dass die Landesregierung ihre Ausbauziele auf den Prüfstand stellen muss. Wir brauchen marktbasierte Anteile von konventionellem und ökologischem Landbau statt planwirtschaftlicher Zielvorgaben. Die Entscheidung über die Art der Wirtschaftsweise muss eine unternehmerische bleiben, die die Betriebe im Land treffen und nicht gesetzliche Vorgaben.

In meiner aktuellen Anfrage (Drucksache Nr. 17/4772) an die Landesregierung gibt diese selbst zu, dass das Ergebnis der von ihr durchgeführten Potenzialstudie EVA-BIOBW 2030 aus dem Jahr 2021 war, dass das Ziel von 30 bis 40 Prozent Bio-Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in 2030 ambitioniert sei und nur erreichbar wäre, wenn der Absatzkanal der Gemeinschaftsverpflegung in Dienstleistungs- und Gewerbeunternehmen sowie in Einrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft genutzt werde. Mittlerweile aber steckt der Markt für Bio-Lebensmittel in einer massiven Krise. Der Krieg in der Ukraine und die damit einhergehende Inflation haben bei vielen Verbrauchern zu einer Kaufzurückhaltung auch bei Bio-Produkten geführt. Die Konsumenten haben 2022 zwar weiterhin Bio-Produkte gekauft, griffen dabei aber verstärkt zu den günstigeren Eigenmarken der Supermärkte und Discontern. Hier handelt es sich aber oft nicht um regionale Bio-Lebensmittel, was den Import günstigerer Bio-Lebensmittel aus dem Ausland befördert. Da bringt es auch nichts, die Kantinen des Landes zum Einsatz von Bio-Lebensmitteln zu verhaften, wenn die Menschen es sich nicht leisten können oder wollen.“

Mediendienst

Stuttgart, 5. Juli 2023

Freie Demokraten



Landtagsfraktion
Baden-Württemberg **FDP**